

Düsseldorf, 28.06.2022

BDEW/VKU NRW-Kurzbewertung Koalitionsvereinbarung „Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen“ 2022 – 2027 von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Die Landesgruppen von BDEW und VKU haben im Vorfeld ihre Anregungen für die neue Legislaturperiode eingebracht. Viele Ansätze und Forderungen der Branche finden sich in der Koalitionsvereinbarung 2022 – 2027 wieder.

Energie und Klima

Wesentliche energiepolitische Zielsetzungen

- NRW soll zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas gemacht werden.
 - Wille, den Kohleausstieg in NRW bis 2030 umzusetzen.
 - Weiterentwicklung des Klimaschutzgesetzes NRW zum zentralen Instrument der Klimaschutzpolitik in NRW mit deutlicher Anhebung des Zwischenziels für 2030. Ferner zeitnahe Vorlage eines Klimaschutz-Sofortprogramms.
 - Stark beschleunigter Ausbau erneuerbarer Energien wird als überragendes öffentliches Interesse angesehen:
 - In den kommenden fünf Jahren sollen mindestens 1.000 zusätzliche Windenergieanlagen in NRW entstehen. Hierfür u.a. Anpassung des Windenergie-Erlasses, Streichung des 1.500-Meter-Vorsorgeabstands im Landesentwicklungsplan und Aktivierung zusätzlicher Flächen (z.B. aller Kalamitätsflächen). Abschaffung des pauschalen 1.000-Meter-Abstands für das Repowering. Neue Steuerung über Windenergiegebiete durch Landes- und Regionalplanung; in diesem Sinne Weiterentwicklung der vorliegenden Wind-Potenzialstudie des LANUV.
 - Schrittweise Einführung einer umfassenden Solarpflicht auf Landesebene: Geltung z.B. ab dem 1. Januar 2023 für alle neuen öffentlichen Liegenschaften, für private Neubauten ab dem 1. Januar 2025. Nutzung der Länderöffnungsklausel im EEG zur schrittweisen Erhöhung des geförderten Zubaus von Freiflächen-PV auf Flächen in benachteiligten Gebieten auf 300 MW.
 - Entwicklung eines „Masterplan Geothermie“, Unterstützung der Nutzung von Geothermie im Rahmen einer Wärmepumpenoffensive.
 - Weiterentwicklung von Wasserkraftstandorten unter ökologischen Aspekten.
- ⇒ **BDEW/VKU-Bewertung:** *Der Koalitionsvertrag ist im Bereich Energie von dem Willen geprägt, grundlegende Weichenstellungen für das Erreichen bzw. sogar für eine Übererfüllung der Klimaschutz-Ziele für 2030 in NRW vorzunehmen. Ein vorgezogener Kohleausstieg kann – wie die Landesgruppen von BDEW und VKU kontinuierlich herausstellen – nur konditioniert erfolgen. Insoweit ist positiv, dass ein Fokus auf den deutlich forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien gelegt wird und bestehende Hürden, z.B. durch Anpassung der Landesplanungen, abgebaut werden sollen.*

Versorgungssicherheit

- Gewährleistung der Versorgungssicherheit für das Industrieland NRW gemeinsam mit der Bundesregierung. In diesem Kontext wird das Erfordernis einer ausreichenden Menge an gesicherter steuerbarer Leistung ebenso gesehen wie die Notwendigkeit des Baus moderner Gaskraftwerke – vorzugsweise an bisherigen Kraftwerksstandorten – im Übergang. Erdgas wird hier für eine Übergangszeit als unverzichtbar eingeschätzt – mit der Maßgabe, dass die Kraftwerke auf klimaneutrale Gase umgestellt werden können.
 - Unterstützung eines Strommarktdesigns mit wettbewerblichen und technologieoffenen Kapazitäts- und Flexibilitätsmechanismen, um den zügigen Zubau an notwendiger gesicherter Leistung anzureizen.
 - Unterstützung hocheffizienter und klimafreundlicher Kraft-Wärme-Kopplung-Anlagen.
- ⇒ **BDEW/VKU-Bewertung:** *Für den Transformationsprozess wird die Versorgungssicherheit als gleichrangig mit dem Ausbau der Erneuerbaren eingestuft: notwendigerweise zu Recht, denn die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit stellt einen maßgeblichen Eckpfeiler für das Gelingen und die Akzeptanz der Energiewende dar. Begrüßenswert ist auch, dass die Rolle von Gas als Brückentechnologie hin zur Klimaneutralität anerkannt wird, der Fokus auf eine Umstellung auf klimaneutrale Gaskraftwerke und die Nutzung vorhandener Standorte von Kraftwerken ermöglichen eine hohe Transformationsgeschwindigkeit.*

Energienetze

- Unterstützung einer stärker integrierten und vorausschauenden Bedarfsermittlung über alle Sektoren und Netzebenen beim Aus- und Umbau der Energieinfrastruktur und der Entwicklung eines landeseigenen Konzeptes. Fortlaufendes Arbeiten an der Verfahrensbeschleunigung im Bereich der Energieinfrastruktur, insbesondere an weitergehender Digitalisierung von Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren. Förderung des Verständnisses für die Zusammenhänge der Energieversorgung und die Bedeutung der Energieinfrastruktur durch Suchen des Dialogs mit der Öffentlichkeit.
 - Vereinfachung des Zugangs zum Gasnetz für Biomethan.
 - Umsetzung der in der Kohlekommission vereinbarten Senkung der Übertragungsnetzentgelte. Ablehnung einer bundesweiten Vereinheitlichung der Netzentgelte auf Verteilnetzebene.
 - Starten einer Digitalisierungsoffensive für die Energiewende, um die Nutzung von Smart Grids und Smart Meter zur digitalen Steuerung des Netzes auszubauen.
- ⇒ **BDEW/VKU-Bewertung:** *Der wichtige Aspekt des Aus- und Umbaus der Netzinfrastuktur wird zwar angesprochen, in Anbetracht der Bedeutung der Thematik wäre die Benennung konkreterer Schritte aber wünschenswert gewesen. Die Verbände stehen bereit, im Dialog mit der Politik Lösungen aufzuzeigen, wie die Transformation der Gasinfrastruktur hin zu einem System mit grünen Gasen volks- und betriebswirtschaftlich effizient und rechtssicher erfolgen kann.*

Energiepreise

- In Sachen Energiepreise Unterstützung der Vorhaben des Bundes, die gezielt besonders betroffene Haushalte und Unternehmen entlasten.
- ⇒ **BDEW/VKU-Bewertung:** *Es ist wichtig, für dieses Thema, das sozialpolitisch von hoher Relevanz ist, auf Bundesebene Lösungswege zu finden.*

Wärmeversorgung

- Schaffen der rechtlichen Voraussetzungen ab 2023, die Kommunen dazu zu verpflichten, einen kommunalen Wärmeplan als informelles Planungsinstrument zur langfristigen Gestaltung der Wärmeversorgung zu erstellen – inkl. Erstellung einer CO₂-Startbilanz. Gründung eines „Kompetenzzentrums Wärmewende“ auf Landesebene.
- ⇒ **BDEW/VKU-Bewertung:** *Die Wärmewende wird im Rahmen der Energiewende unzweifelhaft eine große Herausforderung darstellen. Die Verpflichtung zu einer kommunalen Wärmeplanung ist daher zu begrüßen; sie kann zur Versorgungssicherheit im Wärmesektor beitragen, gibt mehr Sicherheit und Planbarkeit bei wichtigen Infrastrukturentscheidungen und bietet die Chance für die systematische Einbindung der verschiedenen Energieträger, Infrastrukturen und ihrer Potenziale. Ein weitere Maßnahmen konkretisierendes Ambitionsniveau wäre hilfreich.*

Wasserstoff

- Wille, den Einsatz von verfügbarem Wasserstoff zuerst in der Industrie zu konzentrieren. Hinweis, dass sich mittelfristig für Wasserstoff Optionen für Wärme in Gebäuden ergeben können. Weiterentwicklung der Wasserstoff-Roadmap für NRW. Unterstützung des Biomethaneinsatzes und der Industrie der Elektrolyseur-Produzenten. Als entscheidend für den Erfolg der Energiewende wird der Import von insbesondere grünem Wasserstoff angesehen.
 - Unterstützung von u.a. Gasnetzbetreibern, die Infrastruktur für Transport und Speicherung von Wasserstoff auszubauen und nicht mehr benötigte Gasinfrastruktur umzuwidmen.
- ⇒ **BDEW/VKU-Bewertung:** *Im Kontext Wasserstoff gibt es eine Reihe begrüßenswerter Aussagen. Das Aufzeigen einer perspektivischen Anwendung von Wasserstoff im Wärmemarkt ist positiv hervorzuheben, ebenso die Berücksichtigung des Biomethaneinsatzes. Der Hinweis auf Wasserstoff-Importe ist sachgerecht, denn NRW wird hier Importland bleiben.*

Energieversorgungsstrategie/Förderprogramme

- Weiterentwicklung der NRW-Energieversorgungsstrategie mit dem Ziel der Energiesouveränität, mit jährlichem Monitoring. Einführung eines Klima-Checks für neue und bestehende Förderprogramme, auch in Bezug auf Klimafolgenanpassung.
- ⇒ **BDEW/VKU-Bewertung:** *Der Klima-Check unterstreicht die hohe Priorität des Klimathemas für die neue Koalition, darf aber notwendige Maßnahmen in der Praxis nicht konterkarieren.*

Wasser und Abwasser

Wasserversorgung

Zitate aus Koalitionsvertrag

„Wasser ist unser Lebensmittel Nummer eins. Wir wollen es schützen und in Zukunft verfügbar halten. Die Sicherung der Trinkwasserqualität hat oberste Priorität. Wir werden ihr Vorrang vor anderen Nutzungen geben. Wir schließen Fracking in Nordrhein-Westfalen aus.“

„In einem zu gründenden „Landeszentrum Wasser“ wollen wir Kompetenzen bündeln, um den Herausforderungen im Umgang mit der Ressource Wasser gerecht zu werden. Das Landeszentrum soll eine „Zukunftsstrategie Wasser“ entwickeln. Zentral ist, die Wasserverfügbarkeit und die

Wasserverbräuche zu ermitteln, die Grundwasserneubildung zu monitoren und ableitend daraus Nutzungs- und Zielkonflikte zu klären.“

(Koalitionsvertrag 2022-2027 von CDU und GRÜNEN, S. 31 und 32)

BDEW/VKU-Bewertung

Wir begrüßen die Absicht der neuen Landesregierung, die nordrhein-westfälische Wasserwirtschaft zukunftssicher und nachhaltig stärken zu wollen. Insbesondere vor dem Hintergrund klimatischer und demografischer Entwicklungen ist es sehr wichtig, dass die Sicherung der Trinkwasserqualität oberste Priorität hat und der Versorgung mit Trinkwasser Vorrang vor anderen Nutzungen eingeräumt wird. Weiterhin muss es jedoch das oberste Ziel sein, dass Knappheitssituationen gar nicht erst entstehen. Wir begrüßen die klare Ablehnung der neuen Landesregierung beim Thema Fracking und sehen dies als Bekenntnis zum Ressourcenschutz.

Die Erarbeitung einer „Zukunftsstrategie Wasser“ und die Einrichtung eines „Landeszentrum Wasser“ sehen wir sehr positiv und bringen unsere Kompetenzen gerne in die Arbeit ein. Die vollständige Bilanzierung sämtlicher Wasserentnahmen vor dem Hintergrund der Wasserverfügbarkeit und der Wasserrechte ist eine zentrale Forderung, die nun konsequent weiterentwickelt und umgesetzt werden muss.

Abwasserentsorgung

Zitate aus Koalitionsvertrag

„Hinsichtlich der aktuellen Rechtsprechung zur Abwassergebühren- und entsprechenden Verzinsungsberechnung und den damit einhergehenden Auswirkungen werden wir den notwendigen Rechtsrahmen schaffen, um auch in Zukunft eine nachhaltige Abwasserwirtschaft finanzierbar zu gestalten.“

„Zur Reduzierung von Medikamentenrückständen werden wir zwei Pilotprojekte für eine zusätzliche Reinigungsstufe in Krankenhäusern und Altenheimen initiieren und die Rücknahme von Medikamenten in Apotheken ermöglichen.“

(Koalitionsvertrag 2022-2027 von CDU und GRÜNEN, S. 31 und 107)

BDEW/VKU-Bewertung

Zur langfristigen Sicherstellung der Finanzierung unserer Kanalnetze und Abwasseranlagen begrüßen wir die Ankündigung der Koalitionäre, den notwendigen Rechtsrahmen vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung des OVG Münster schaffen zu wollen. Kanalnetze und Abwasseranlagen werden für Generationen gebaut und bedürfen anhaltend guter Wartung. Hierfür investieren die Unternehmen der Abwasserentsorgung beständig auf hohem Niveau. Damit diese Aufgabe der Daseinsvorsorge auch weiterhin sichergestellt werden kann, bedarf es einer ausreichenden und nachhaltigen Finanzierung. Weiterhin begrüßen wir die Ankündigungen der neuen Landesregierung, den Eintrag von Medikamentenrückständen und weiteren Spurenstoffen vorsorgend reduzieren zu wollen und die Kommunen bei der Umsetzung der Klärschlammverordnung zu unterstützen.

Klimaanpassung und Hochwassermanagement

Zitate aus Koalitionsvertrag

„Klimaanpassung ist Daseinsvorsorge. Nordrhein-Westfalen war in den letzten Jahren stark von Extremwetterereignissen betroffen. Daher werden wir unsere Vorreiterrolle in der Klimaanpassung weiter ambitioniert ausfüllen. [...]. Die 15-Punkte Offensive zur Klimaanpassung setzen wir engagiert um.“

„Angesichts des Klimawandels bedarf es einer vorausschauenden Intensivierung des Hochwasserschutzes und des Umgangs mit Trockenheit.“

„Wir stärken den Hochwasserschutz auf Grundlage des 10-Punkte-Arbeitsplans des Umweltministeriums und stellen eine ausreichende Finanzierung sicher.“

(Koalitionsvertrag 2022-2027 von CDU und GRÜNEN, S. 31 und 32)

BDEW/VKU-Bewertung

Die Folgen des Klimawandels sind bei uns in NRW angekommen und fordern die stetige Gewährleistung der Aufgaben der Daseinsvorsorge heraus. Mit unseren Mitgliedsunternehmen begleiten wir die Umsetzung der 15-Punkte Offensive zur Klimaanpassung und weisen darauf hin, dass eine erfolgreiche Klimaanpassung nur vor Ort stattfinden kann. Hierfür bedarf es der richtigen finanziellen und rechtlichen Instrumente. Aus unserer Sicht ist es richtig, sämtliche extremen Wetterereignisse vorausschauend in den Blick zu nehmen. Wir begrüßen die Ankündigung der neuen Landesregierung, eine ausreichende Finanzierung für den Hochwasserschutz gewährleisten zu wollen.

Landwirtschaft

Zitate aus Koalitionsvertrag

„Wir verfolgen das Ziel der Reduktion des Nitratreintrags. Die Einträge müssen einzelbetrieblich betrachtet und verursachergerecht weiter reduziert werden.“

„Wir werden die Landwirtschaft mit Blick auf wassersparsame Beregnungsmethoden beraten und fördern.“

(Koalitionsvertrag 2022-2027 von CDU und GRÜNEN, S. 27 und 32)

BDEW/VKU-Bewertung

Die wirksame Reduktion von Nitrat-, Phosphor- und Pflanzenschutzmitteleinträgen ist ein notwendiger Schritt, Gewässerbelastungen verursachergerecht und vorsorgend zu reduzieren. Dabei ist es sehr wichtig, verstärkt auf die Verursacher von Gewässerbelastungen zu schauen und gleichzeitig die hydrogeologischen und hydraulischen Gegebenheiten vor Ort zu berücksichtigen. Vor dem Hintergrund der absehbaren klimatischen Veränderungen begrüßen wir die Ankündigung der Koalitionspartner, die Beratung und Förderung von wassersparsamen Beregnungsmethoden für die Landwirtschaft stärker in den Blick zu nehmen.

Kommunalwirtschaft

Zitate aus Koalitionsvertrag

„Die kommunalen Unternehmen übernehmen in unseren Kommunen von der Energie und Wasserversorgung bis zur Abfallwirtschaft wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge. Insbesondere den kommunalen Stadtwerken als Akteuren der Energiewende und Trägern des ÖPNV kommt eine Schlüsselrolle in der Transformation Nordrhein-Westfalens zu einem klimaneutralen Industrieland zu. Um die Vielfalt und Stärke kommunaler Unternehmen auch zukünftig zu erhalten, werden wir auch in herausfordernden Zeiten an der Seite der kommunalen Unternehmen stehen.“

„Die kommunalen Stadtwerke sind ein wichtiger Akteur der Energiewende. Wir wollen ihre Handlungsspielräume stärken, etwa bei mit der Energieversorgung verbundenen Dienstleistungen und beim Aufbau der Wasserstoff-Infrastruktur, ohne sie unnötig in Konkurrenz mit der privaten Wirtschaft zu bringen.“

(Koalitionsvertrag 2022-2027 von CDU und GRÜNEN, S. 8 und 107)

BDEW/VKU-Bewertung

Wir begrüßen das Bekenntnis der schwarz-grünen Koalition zu einer Partnerschaft mit der Kommunalwirtschaft. Die kommunalen Unternehmen in NRW stehen als Partner des Landes bereit, die notwendige Transformation in Richtung Klimaneutralität mit anzugehen. Der Koalitionsvertrag erkennt die Bedeutung der kommunalen Unternehmen mit ihren Infrastrukturen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge ausdrücklich und umfassend an. Die angekündigte Stärkung der Handlungsspielräume der kommunalen Stadtwerke begrüßen und unterstützen wir nachdrücklich. Damit greifen die Koalitionäre eine zentrale Forderung der Kommunalwirtschaft auf. Hierbei wird es aber auf die konkrete Umsetzung ankommen. Wichtig ist dabei, Hemmnisse für Klimaschutzinvestitionen von Stadtwerken vollständig abzubauen und eine Gleichbehandlung mit anderen Akteuren im Markt herzustellen.

Weitere Themen

Digitalisierung

Zitate aus Koalitionsvertrag

„Aber auch auf Datensouveränität werden wir achten, um dem wichtigen Datenschutz gerecht zu werden und datengetriebene Geschäftsmodelle unter fairem Wettbewerb insbesondere zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen zu ermöglichen.“

„Wir wollen den Ausbau von schnellem Internet mit Glasfaser und 5G voranbringen, den marktwirtschaftlichen Ausbau erleichtern und die Finanzierung des geförderten Ausbaus sicherstellen.“

(Koalitionsvertrag 2022-2027 von CDU und GRÜNEN, S. 74)

BDEW/VKU-Bewertung

Wir begrüßen die Absicht der neuen Landesregierung, datengetriebene Geschäftsmodelle unter fairem Wettbewerb öffentlicher und privater Unternehmen zu ermöglichen. Kommunale

Unternehmen sind die Digitalisierungstreiber vor Ort und tragen die Vorteile der Digitalisierung auch in defizitäre Bereiche wie dem ÖPNV. Durch die intelligente Nutzung der aus dem Betrieb der digitalisierten Infrastrukturen in Kommunen gewonnenen Daten und gegebenenfalls deren Vernetzung mit weiteren Daten im Rahmen digitaler Plattformsätze können kommunale Handlungsfelder wie bspw. das Abfall-, Ladesäulen- oder Verkehrsmanagement optimal organisiert werden. Wir begrüßen das Ziel, den flächendeckenden Glasfaser- und 5G-Ausbau zu beschleunigen. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen hierfür vollständig digitalisiert und beschleunigt werden. Positiv zu bewerten ist ferner, dass dort, wo ein eigenwirtschaftlicher Ausbau nicht möglich ist, ausreichende Fördermöglichkeiten sichergestellt werden sollen.

Katastrophenschutz

Zitate aus Koalitionsvertrag

„Die Stärkung des Katastrophenschutzes wird ein Schwerpunkt unserer Innenpolitik.“

„Als Land setzen wir einen Fokus auf den Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) und sorgen gemeinsam mit den KRITIS-Betreibern, Bund und Kommunen für wirksame Schutzmaßnahmen. Wir wollen die ressortübergreifende staatliche Krisenvorsorge stärken.“

(Koalitionsvertrag 2022-2027 von CDU und GRÜNEN, S. 89 und 90)

BDEW/VKU-Bewertung

Wir begrüßen, dass der Katastrophenschutz in NRW deutlich gestärkt werden soll. Als Lehre aus dem Hochwasser im Juli 2021 soll eine neue zentrale Landesstelle für den Katastrophenschutz im Innenministerium geschaffen werden, die u. a. für die Erstellung des Landeskatastrophenschutzbedarfsplans zuständig sein wird. Wir unterstützen ebenfalls den Fokus auf dem Schutz Kritischer Infrastrukturen durch wirksame Schutzmaßnahmen, die zeitnah umgesetzt und monetär unterlegt werden sollten.